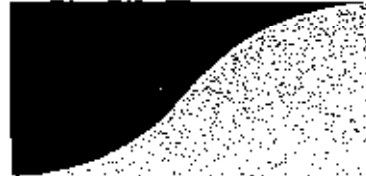


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, weist auf die Verwurzelung der Sozialdemokraten im Atlantischen Bündnis hin.

Seite 1

Wolfgang Roth MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, konstatiert den Verschleiß von Gemeinsamkeiten in der Koalition: Beispiel Agrarpolitik.

Seite 3

Hermann Scheer MdB belegt, daß Bonn bei den neuen C-Waffen Mitverantwortung trägt.

Seite 4

Freimut Duve MdB über Nebentätigkeiten von Regierungssprechern.

Seite 6

Heinz-Alfred Steiner MdB äußert den Verdacht, das Wörner die Stimmung in der Truppe nicht kennt.

Seite 7

40. Jahrgang / 117

25. Juni 1985

Ein Markstein der Nachkriegsgeschichte

Zu Herbert Wehners deutschlandpolitischer Rede am 30. Juni 1960

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vor 25 Jahren begann mit Herbert Wehners Rede am 30. Juni 1960 vor dem Deutschen Bundestag eine Wende in der politischen Nachkriegsgeschichte. Im Namen der Sozialdemokratie akzeptierte er die Grundlagen der inzwischen vollzogenen Bündnispolitik.

Dieses Datum ist für mich Anlaß, an den Mann zu erinnern, der viele Facetten der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts selbst erlitten, der alle Höhen und Tiefen selbst durchgemessen hat und dabei zu dem geworden ist, als der er heute für uns steht: als ein Patriot im eigentlichen, unpathetischen Sinn des Wortes, dem nicht nur die Sozialdemokraten, sondern alle zu danken haben, die sich ein Gefühl der Größe und der Menschlichkeit bewahren.

Herbert Wehner hielt seine Rede zu einer Zeit, in der die Spannungen zwischen Ost und West zugenommen hatten. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich mit dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz befaßt und zu einem gemeinsamen Bemühen aller demokratischen Parteien aufgerufen. Sie äußerte die Befürchtung, daß Berlin weiterem Druck seitens der Sowjetunion ausgesetzt sein werde, was sich in der Rede von Chruschtschow am 20. Mai 1958 in Berlin abzeichnete. Willy Brandt hatte als Regierender Bürgermeister in Berlin im Juni mehrere Berührungspunkte in der Auffassung der demokratischen Parteien aufgezeigt.

Herbert Wehner ging es in seiner Rede "um das höchst erreichbare Maß an Übereinstimmung in der Bewältigung der deutschen Lebensfragen". Die außenpolitischen Bemühungen von Regierung und Opposition in den zurückliegenden Jahren - so sagte er - haben uns nicht weitergebracht.

In der gefährlichen, unübersichtlich gewordenen Lage sollten die Fraktionen des Deutschen Bundestages "den Vorsatz zu fassen im-



stande sein, unser innenpolitisches Verhältnis zueinander in die Ordnung zu bringen, die uns befähigen könnte, der gesamtdeutschen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden". Er forderte als ersten Schritt eine redliche Bestandsaufnahme, um das höchst mögliche Maß an Gemeinsamkeit in der Bewältigung der sich ergebenden Probleme zu erreichen.

"Diese Rede", schreibt Günter Gaus in seinem Beitrag zu einer Biographie Herbert Wehners, "ist in einem weithin denaturierten Parlamentarismus, der dadurch gekennzeichnet ist, daß der vorparlamentarische Raum und die Ausschüsse immer wichtiger, das Plenum immer unwichtiger werden, eine Erinnerung daran, was Parlamentsdebatten im 19. Jahrhundert (weniger in Deutschland als anderswo) sein konnten".

Vor dieser Parlamentsdebatte waren in der von Herbert Wehner entfachten öffentlichen Diskussion über eine gemeinsame Außenpolitik Voraussetzungen genannt worden. Im wichtigsten Punkt antwortete Wehner: "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist." Die grundsätzliche Aussage Herbert Wehners vom 30. Juni 1960 gilt auch heute. Der Parteitag hat zuletzt im Mai 1984 in Essen beschlossen: "Die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch eingebunden in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO. Sie findet das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann... Unser Ziel ist es, auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Militärblöcke eine europäische Friedensordnung zu schaffen, die die Blöcke überwindet."

Das bedeutet nicht, daß wir allen Vorschlägen und Initiativen der jeweiligen US-Administration zuzustimmen hätten. Im Gegenteil: Die freie Meinungsbildung unter den Partnern ist ein wesentliches Element der Allianz. Und Kritik an unüberlegten Äußerungen in den USA ist deshalb durchaus legitim. Außerdem ist die Fortentwicklung der politischen und strategischen Grundlagen des Bündnisses notwendig, wenn die Allianz lebendig bleiben soll.

Wir erfüllen als Mitglied des Bündnisses unsere Verpflichtungen gerade auch aus unserem deutschen Interesse. So wie es die anderen Partner auch aus ihrem Interesse tun. Das Bündnis lebt von der Bündelung dieser Interessen zu einer gemeinsamen Linie. Wir bejahen unsere Bundeswehr als Instrument der Kriegsverhütung. Auch ihre Aufgabe ist die Friedenssicherung. In diesem Sinne haben die Aussagen von Herbert Wehner von vor 25 Jahren auch in diesem Punkt ihre volle Gültigkeit.

Unsere Ostpolitik, unsere Deutschlandpolitik, wären ohne die Zugehörigkeit zum Bündnis und ohne dessen Unterstützung nicht möglich gewesen. Diese Politik hat Realitäten geschaffen. Anders als die SPD im Jahre 1960 unter dem Einfluß Herbert Wehners hat die Union bisher nicht die Kraft gefunden, diese Realitäten anzuerkennen. Ein begrüßenswerter Ansatz von Herrn Rühle, der nicht nur die Selbstverständlichkeit wiederholt hat, daß Verträge zu halten sind, sondern auch bejaht hat, daß sie eine politische Bindungswirkung über ihren Wortlaut hinaus haben, ist alsbald im Widerstand seiner Parteifreunde versandet. Auch deshalb hat die derzeitige Deutschlandpolitik der Union zum Stillstand in den deutsch-deutschen Beziehungen geführt. Dabei haben nicht zuletzt auch die ganz unsinnige Wiederbelebung der Grenzdiskussion, des Wiedererstarkens deutsch-nationaler Tendenzen in der Union und erhebliche handwerkliche Fehler der Bundesregierung eine Rolle gespielt.

Sozialdemokraten wollen, daß Deutschlandpolitik gestaltet und nicht nur verwaltet wird. Das Ziel dieser Politik ist eine gesamteuropäische Friedensordnung, die den trennenden Charakter der Grenzen überwindet und als Fernziel die Auflösung der Blocksysteme anstrebt. Sie stellt die Grenzen nicht in Frage, sondern sucht im Interesse der Menschen die Zusammenarbeit, Zusammenarbeit auch zur Friedenssicherung. Die konkreten Vorschläge zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die von der SPD-Bundestagsfraktion und der DDR-Führung erarbeitet wurden, sind ein Beispiel dafür, was auf diesem Gebiet möglich ist.

Herbert Wehners Rede vom 30. Juni 1960 bleibt uns Verpflichtung.

(-/25.6.1985/va/ks)

+ + +



Getreidepreis-Veto: FDP distanziert sich von Kohl

Kanzler Kohl wird von den eigenen Koalitionären kräftig gerupft

Von Wolfgang Roth MdB

Die FDP-Minister im Kabinett waren gegen das Getreidepreis-Veto von Kohl und Kiechle. Das war bekannt. Bekannt ist aber auch, daß Bangemann und Genscher letztlich mitgemacht haben. Keiner von beiden hat in dieser zentralen europapolitischen Angelegenheit die Koalitionsfrage gestellt.

Jetzt kartet Graf Lambsdorff nach. In einem Deutschlandfunk-Interview stellt er klipp und klar fest: Die FDP trägt das Veto nicht mit. Man demonstriert auch in der Europapolitik Eigenständigkeit und Distanz zu Kanzler Kohl.

Die Gemeinsamkeiten zwischen Union und FDP sind in der Außen-, Europa- und Agrarpolitik verbraucht. Die Veto-Schelte von Lambsdorff bringt zutage, was lange unter der Decke schwelte. Genscher war immer für die Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen. Jetzt wird das Veto festgeschrieben. Nicht Genscher, sondern die integrationsfeindlichen Briten diktieren in Mailand Inhalt und Tempo des EG-Fortschritts.

Die Europäische Union war immer ein Anliegen von Genscher. Sie tauchte in jedem Parteiprogramm der FDP auf. Auch dieses Ziel ist durch die Kurzsichtigkeit des regierenden Kanzlers verschenkt. Er hat aus Sorge um ein paar Bauernstimmen unseren Ruf in Europa zuschanden geritten.

In der Agrarpolitik knistert es seit langem im Gebälk der Koalition. Die FDP war und ist gegen die bürokratische Milchkontingentierung. Sie hatte schwere Bedenken gegen den milliardenschweren Mehrwertsteuerausgleich. Jetzt wollen Bangemann und Genscher das Veto des Kanzlers durch die Hintertür aufheben. Sie wollen die Preissenkungsbeschlüsse der EG-Kommission bei Getreide stillschweigend hinnehmen, um Mailand mit dieser Frage nicht zu belasten.

Franz Josef Strauß verfolgt eine ganz andere Strategie. Wer beim Veto A gesagt hat, muß jetzt auch zu den eigenmächtigen Kommissionsbeschlüssen B sagen. Strauß will das Getreidethema auf den Gipfel bringen. Der Kanzler soll mit dieser Linie in die Falle gelockt werden. Schweigt er zu den Getreidepreisen, gibt es Prügel aus München und von den Bauern. Bringt er das Thema auf den Gipfel, holt er sich eine deftige Niederlage bei den europäischen Partnern.

Gehupft wie gesprungen. Kohl springt immer zu kurz.

(-/25.6.1985/va/ks)

+ + +



Kohl muß tätig werden

Bundesregierung trägt die Verantwortung für die neue amerikanische C-Waffen-Produktion

Von Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Am selben Tag, an dem in Bonn der zwischen der SPD und der SED vereinbarte Rahmenvertrag für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat das amerikanische Repräsentantenhaus den Produktionsbeginn für eine neue chemische Waffenkategorie gebilligt. Diese sogenannten binären Waffen würden das Kontrollproblem gegenüber chemischen Waffen nahezu unlösbar machen. Und es ist zweifelsfrei, daß diese Waffen, die ab 1987 unter gewissen Bedingungen produziert werden sollen, für den Einsatzraum in Mitteleuropa und insbesondere in der Bundesrepublik gedacht sind.

Dies geht bereits aus den Zusatzbedingungen hervor, die das amerikanische Repräsentantenhaus auf Antrag des Kongreßmitglieds Skelton beschlossen hat: danach sollen die neuen chemischen Waffen unter anderem nur dann produziert werden, wenn

- der Nordatlantikrat dem formell zugestimmt hat,
- die europäischen NATO-Mitglieder in die Lagerung und Dislozierung binärer chemischer Munition auf ihrem Boden eingewilligt haben,
- die neuen binären chemischen Waffen die derzeitige chemische Munition, die zu erheblichen Teilen in der Bundesrepublik gelagert ist, ersetzen sollen.

Damit ist deutlich, daß die Bundesregierung eine entscheidende Mitverantwortung trägt, wenn ab 1987 tatsächlich die Produktion dieser neuen Waffen beginnen sollte.

Eine definitive Erklärung der Bundesregierung, daß sie nicht bereit ist, solche Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationieren zu lassen, würde bereits ausreichen, um einen Produktionsbeginn in Amerika verhindern zu können. Deshalb ist die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, gegenüber dem amerikanischen Kongreß definitiv zu erklären, daß sie eine Stationierung solcher Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik nicht billigen wird. Sie ist darüber hinaus aufgefordert, mit ihrer Stimme im Nordatlantikrat der NATO dafür einzutreten, daß sich die anderen europäischen NATO-Partner einer solchen Weigerung anschließen.



Bisher hat die Bundesregierung immer so getan, als ginge sie die amerikanische Entscheidung, ob mit der Produktion binärer chemischer Waffen begonnen werden soll, nichts an. Demgegenüber hat die SPD wiederholt deutlich gemacht, daß die Bundesregierung in Wahrheit eine erhebliche Mitverantwortung am Zustandekommen neuer chemischer Waffenproduktionen hat. Am 30. August 1983 hat der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion an den Bundeskanzler einen Brief geschrieben, in dem er unter anderem folgendes ausführte: "Neue chemische Waffen der Vereinigten Staaten sind mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zumindest teilweise für eine Stationierung in der Bundesrepublik vorgesehen... Im Namen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion fordere ich Sie deshalb zu einer offiziellen Erklärung auf, daß die Bundesregierung eine Stationierung dieser Waffensysteme in der Bundesrepublik ablehnen wird. In Verbindung mit dieser Erklärung erwarten wir eine politische Initiative gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und einen Appell an den amerikanischen Kongreß, die unsere Bedenken gegen den Bau dieser Waffen zum Ausdruck bringt. Ich gehe davon aus, daß eine solche Stellungnahme der Bundesregierung geeignet sein könnte, auf die letzte Phase des Entscheidungsprozesses im amerikanischen Kongreß...einzuwirken. Mit einem solchen Schritt, für den Sie die volle Unterstützung meiner Fraktion hätten, könnten Sie vielleicht einen Beitrag dazu leisten, daß weitere Schritte in der Rüstungseskalation unterbleiben. Sie könnten mit einer solchen Initiative bekräftigen, daß die Bundesregierung ihre Initiative beim Genfer Abrüstungsausschuß für ein vollständiges und umfassendes Verbot chemischer Waffen ebenso ernst meint wie die Zielsetzung, Frieden mit immer weniger Waffen zu schaffen."

Dieser Brief Hans-Jochen Vogels wurde von der Bundesregierung nicht einmal beantwortet geschweige denn, daß die Bundesregierung in irgendeiner Weise initiativ geworden wäre, um eine neue chemische Rüstungsrunde zu verhindern. Wenn es jetzt bei der Produktionsentscheidung für neue chemische Waffen bleibt, dann kann dies nur heißen, daß die Bundesregierung entweder durch Schweigen oder durch eine der Öffentlichkeit und dem Parlament verborgene Zustimmung die volle Verantwortung dafür trägt.

(-/25.6.1985/va/ks)

+ + +



Öffentlich arbeitende Journalisten?

Zu den ehemaligen Nebertätigkeiten der Herren Boenisch und Ost

Von Freimut Duve MdB

Das Besondere an guter Öffentlichkeitsarbeit ist ihre Nicht-Öffentlichkeit. Das Besondere an schlechtem Journalismus ist die Vorspiegelung falschen Scheins. Da schmücken sich bedeutende Journalisten der Fernseh- und Bildbranche mit dem Artikel 5 des Grundgesetzes; da leuchtet aus ihren unbestechlichen Augen die pure Journalistische Neugier, der kreative Sachverstand, die grundsätzliche Ausbildung; da wird Vertrauen geweckt für die Grundwerte freiheitlichen Journalismus - dessen edelstes Kennzeichen immer noch das Wort "unbestechlich" ist. Sozusagen das Nachruf- und Auszeichnungswort par excellence für einen ganzen Berufsstand. Und nun plötzlich wird der BILD-Chefredakteur und Spitzenmann des konservativen Springer-Verlages entlarvt als ganz kleiner Nebenverdiener, der die Hand aufhielt, um den Mercedes-Konzern zu "beraten".

Wo Journalismus vermutet wird: die heimliche PR-Mesalliance mit einer Autofabrik. Dieser Skandal geht weit über die Steuerhinterziehung und die schweizer Unschuldsnummer hinaus. Journalisten, höchstverdienende zumal, beteiligen sich - Heimlich! - an Firmen-PR! Und werden dann Regierungssprecher. (Der Verfall der Regierung Kohl und ihrer Moral wird deutlich daran, daß der eilige Rücktritt eines Steuerhinterziehers vom Kanzler dieser Bundesregierung "honorig" genannt wird! Honorig, wo der Mann ganz schlicht Honorarig war!)

Über den Nachfolger, Friedhelm Ost, erfahren wir, daß er sich als PR-Mann an Kampagnen für die Energiewirtschaft beteiligt hat - obschon Spitzenmann im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Es ist dringend geboten, daß sich der Berufsstand der Journalisten und der PR-Fachleute aus diesem sumpfigen Gelände entfernt. Treu und Glauben - darauf baut der Journalismus: Präzise Trennung zwischen Anzeigen und Redaktionellem Teil; schärfste berufliche Trennung zwischen Anzeigenleiter und Journalismus, zwischen bezahlter Öffentlichkeitsarbeit und dem "unbestechlichen" Metier des Journalisten.

Die Redaktionen, die Verlage, die Journalistenverbände sind gefordert - hier sehr deutliche Verhaltensnormen aufzustellen, die für alle verbindlich sind. Es wäre eine lohnende Aufgabe des Deutschen Presserats, einen solchen Code of Conduct zu entwerfen.

Allerdings wiegt der Fall des Chefredakteurs der größten deutschen Tageszeitung, der für 12.500 Mark monatlich seinen ganzen Berufsstand verraten und verkauft hat, so schwer, daß auf Bundes- und Länderebene ernsthaft über ein Rahmengesetz gegen das heimliche PR-Unwesen nachgedacht werden sollte.

(-/25.6.1985/va/ks)

+ + +



Wörner schaut die Lage

In der Bundeswehr staut sich Unzufriedenheit an

Von Heinz-Alfred Steiner MdB

Wenn der Bundesminister der Verteidigung vor der großangelegten Pressekonferenz, in der er das Weißbuch 1985 der Öffentlichkeit vorstellte, an der Sondertagung des Deutschen Bundeswehr-Verbandes über Fragen und Probleme der Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes teilgenommen hätte, dann wäre er zu anderen Aussagen über das innere Gefüge der Bundeswehr und die Stimmung in der Truppe gekommen, als zu jenen, die er in der Presse machte.

Mehr als zwei Jahre nach einer durch den Minister selbst veranlaßten Tagung in Siegen, die der Bestandsaufnahme in der Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes diente und auf der deutliche Verbesserungen für die Offiziere dieser Laufbahn versprochen worden waren, führte der Deutsche Bundeswehr-Verband in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg eine Sondertagung mit circa 100 Angehörigen dieser Laufbahn durch, um die Gründe für eine ständig zunehmende Unzufriedenheit von mehr als 11.000 Fachoffizieren deutlich werden zu lassen. Anstatt sich den kritischen Fragen der Offiziere zu stellen, zog es der Minister vor, die Bundeswehr mit schönen Worten als „besser als seit langem“ zu bezeichnen. Er bezog dies ausdrücklich auch auf die Stimmung der Offiziere und Unteroffiziere. Dabei ist ihm bedauerlicherweise entgangen, wie ein Teil der Offiziere der Bundeswehr zur selben Zeit in bemerkenswert klarer und offener Sprache sich selbst und ihre Laufbahn darstellte.

Anstelle des Ministers, für den angeblich die „Sorgen der Soldaten ein Herzensanliegen“ sind, mußte Staatssekretär Dr. Ermisch nach Bad Godesberg eilen. Dr. Ermisch ging in seinen mit Spannung erwarteten Ausführungen über allgemeine Aussagen zum Gesamtbereich des öffentlichen Dienstes nicht hinaus, beharrte ausdrücklich auf der Unvergleichbarkeit der Laufbahn der Offiziere der militärfachlichen Dienstes mit anderen Laufbahnen in der Bundeswehr und verwies die Anwesenden schließlich darauf, daß sie sich ja freiwillig für diese Laufbahn entschieden hätten.

Auf die vorgebrachten Argumente der Diskriminierung dieser Laufbahn, der Täuschung ihrer Angehörigen durch den Dienstherrn sowie der sozialen und laufbahnrechtlichen Ungleichbehandlung ging er nur in allgemein gehaltener Gegenrede ein, so daß die anwesenden Offiziere sichtbar und hörbar unruhig wurden. Als dann ein Hauptmann seine Verärgerung deutlich zu Gehör brachte („Herr Staatssekretär, wir haben die Schnauze voll“), fühlte sich ein anwesender General genötigt, die Teilnehmer an dieser Sitzung an das militärische Grundprinzip von Befehl und Gehorsam zu erinnern! Einem Oberleutnant, der eine Aussage mit politischem Inhalt machte, entgegnete der Staatssekretär, auf diese „Wahlrede“ werde er nicht eingehen!

Der Bundesminister der Verteidigung sollte sich in Zukunft sehr sorgfältig und an der richtigen Stelle über die Stimmungslage in der Bundeswehr informieren, bevor er solche Pauschalaussagen zur Lage der Streitkräfte macht, wie am Mittwoch vor der deutschen Öffentlichkeit geschehen. Nach meinem Eindruck ist die Minister-Version eine stark geschönte Situationsbeschreibung in der Truppe! (-/25.6.1985/va/fr)

* * *

